



Chambre Valaisanne
de Commerce et d'Industrie

Walliser Industrie-
und Handelskammer

Pressemitteilung
Mittwoch, 24. Januar 2018

SPERRFRIST 24.01.2018, 11.00 UHR

NEIN zu No Billag

Die Walliser Wirtschaft sagt NEIN zur No-Billag-Initiative. Dies aus drei Hauptgründen: Erstens stellt die Initiative eine Existenzgefahr für vier Unternehmen unseres Kantons dar. Zweitens wird dem Wallis von der Initiative das Schaufenster entzogen und es wird so in die Rolle einer Randregion ohne Perspektiven gedrängt. Drittens könnte die Initiative für die Fernsehzuschauer und Radiohörer mit höheren Kosten verbunden sein.

Wer der SRG eins auswischen möchte, sollte sich nicht täuschen lassen: Sie gehört wahrscheinlich zu den wenigen audiovisuellen Mediendiensten, welche die No-Billag-Initiative überleben wird. Auch wenn die Initiative am 4. März abgelehnt wird, bleiben Gespräche über den Umfang des Medienangebots und den Verteilschlüssel zwischen nationalen und kantonalen Medien notwendig.

Vier Walliser Unternehmen betroffen

Kanal9, Rhône FM, Radio Chablais und rro.))) sind unsere regionalen Medien. Ausserdem sind es vier Unternehmen in Walliser Händen, die in unserem Kanton aktiv sind. Zusammen bieten sie über 200 Arbeitsplätze für Angestellte, die in der Region leben und konsumieren und damit zur lokalen Wirtschaft beitragen. In einem Kanton, der nur mit grosser Mühe allen Einwohnern eine Stelle bieten kann, zählt jeder Arbeitsplatz.

Die Gebühren machen etwa einen Viertel des Umsatzes der lokalen Radiosender und die Hälfte des Umsatzes unseres Fernsehsenders aus. Der Rest stammt hauptsächlich aus Werbeeinnahmen. Ohne die Gebühren müssen die Redaktionen dezimiert werden. Nun sind aber die Nachrichten das wichtigste Produkt, um Zuschauer und Zuhörer anzuziehen. Ohne dieses Angebot gibt es kein Publikum und ohne Publikum keine Werbung. Durch das Gebührenverbot wird ein Teufelskreis ausgelöst, der zum Leistungsabbau und zu einer reduzierten Attraktivität des Medienangebots führt.

Ein Kanton ohne Geschichten hat keine Zukunft

Eine Region, über die in den Medien nicht berichtet wird, gerät in Vergessenheit. Die kulturelle, gesellschaftliche, sportliche, politische und wirtschaftliche Vielfalt unseres Kantons haben wir den Kameras und Mikrofonen unserer regionalen Medien zu

verdanken. Pro Jahr empfängt Canal9/Kanal9 nicht weniger als 1000 Gäste im Studio und produziert 3000 Reportagen. Radio Rottu Oberwallis macht im Jahr 8000 Online-Meldungen, 6000 Radio-Beiträge und 9000 Nachrichten-Bulletins.

Ohne diese mediale Berichterstattung hätten zahlreiche kantonale Akteure kein Publikum, dem sie ihre Aktivitäten im Wallis vorstellen können. Auch sie würden in einen Teufelskreis geraten und an Interessenten und Attraktivität verlieren. Das Wallis würde von auswärtigen Medien entweder in den Schatten gedrängt oder klischeehaft dargestellt und zur Randregion ohne Geschichten und ohne Zukunft verkommen.

Ungewisse Auswirkungen für Konsumenten

Die Billaggebühren gehören zu den wenigen obligatorischen Abgaben für Privatpersonen, die demnächst sinken werden. Ab 2019 haben Personen, die regelmässig oder gelegentlich Fernsehen und Radio konsumieren, für CHF 365.– pro Jahr jederzeit Zugriff auf ein äusserst reichhaltiges und vielseitiges Angebot.

Beobachtungen des aktuellen Marktes lassen darauf schliessen, dass der Einkauf von individualisierten Leistungen für den Konsumenten teurer ist: So würde etwa der Kauf eines Films und einer Sportübertragung pro Woche doppelt so viel kosten wie die aktuelle Gebühr – Nachrichten, Magazine und Radio nicht einbegriffen. Nach Angaben von Kanal9 würde der Einkaufspreis für die einzige Nachrichtensendung des Senders CHF 213.– pro Jahr betragen, also fast zwei Drittel der aktuellen Gebühr.

Für einen gerechteren und effizienteren Service public

Eine allfällige Ablehnung der No-Billag-Initiative darf nicht als Freipass für den Service public interpretiert werden. Zwar schätzen wir seine wichtige Rolle für den nationalen Zusammenhalt und seine wichtige Funktion in unserer direkten Demokratie, die Walliser Wirtschaft ist aber der Meinung, dass der Umfang und die Grundlagen des Medienangebots diskutiert werden müssen.

Die Unternehmen, darunter auch zahlreiche Walliser KMU, haben das Recht, über die Zukunft des Service public mitzubestimmen, sobald sie Billaggebühren in der Höhe von bis zu Zehntausenden Franken zahlen.

Wir verlangen insbesondere, dass eine gerechtere Verteilung der Gebühren zugunsten der regionalen Medien innerhalb kürzester Frist umgesetzt wird. Die Rolle der regionalen Medien bei der Grundausbildung der Medienschaffenden sowie ihre Leistungen im Falle von lokalen Katastrophen werden nicht ausreichend wertgeschätzt.

Nur wenn die No-Billag-Initiative am 4. März 2018 abgelehnt wird, kann eine notwendige und gerechte Debatte zu diesen Themen geführt werden.